



HESSISCHER LANDTAG

02. 01. 2024

Kleine Anfrage

Volker Richter (AfD), Arno Enners (AfD), Robert Lambrou (AfD) und Dimitri Schulz (AfD) vom 06.11.2023

Das hessische Kooperations-/Kontaktbüro in Gaza – Teil IV

Drucksache 20/11692

und

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Vorbemerkung Fragesteller:

Laut einschlägigen Quellen wurde infolge des Oslo-Friedensprozesses auf Initiative bzw. unter Mitwirkung des damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden Ignatz Bubis, des damaligen PLO-Chefs Jassir Arafat und einiger hessischer Landespolitiker ab dem 02.03.1996 ein Kooperations-/Kontaktbüro durch das Land Hessen in Gaza unterhalten, durch das zur Verbesserung der Lebenssituation der palästinensischen Bevölkerung in Gaza Kontakte, Auftragsvergaben und Leistungen zwischen dem Land Hessen sowie im Land Hessen und in Gaza ansässigen Institutionen, wie Behörden, Unternehmen und Bildungseinrichtungen vermittelt wurden. Jene Kontakte, Auftragsvergaben und Leistungen sollen sich u. a. auf die Koordination von humanitärer Hilfe im Allgemeinen, Aktivitäten und Leistungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe, wie etwa die Ausrichtung von Schulprojekten, die Gewährung von Geldern und Gebrauchsgegenständen für den Schulalltag oder die Durchführung von Ferienlageraufenthalten für palästinensische Kinder, sowie auf die Übernahme von Stipendien und diverse Ausbildungstätigkeiten belaufen haben. Innerhalb unter der Kleinen Anfrage, Drucks. 18/270, geführten Beantwortung „betreffend hessische Initiativen in Palästina“ vom 06.05.2009 sind ferner die Unterstützung „von palästinensischen und hessischen Firmen im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung“, „hessischer Nichtregierungsorganisationen in Palästina“, und „der kommunalen Zusammenarbeit“ als über das Kooperations-/Kontaktbüro bewerkstelligte Tätigkeitsbereiche aufgezählt. Die Schließung des Kooperations-/Kontaktbüros soll ausweislich der einschlägigen Quellen im Jahr 2001 erfolgt sein. Diese Schließung soll seitens der damaligen Entscheidungsträger entweder durch die angeblich zu hohen Kosten für den Unterhalt des Kooperations-/Kontaktbüros in Höhe von 28.500 € pro Jahr oder „den wachsenden Einfluss extremer Kräfte in der palästinensischen Regierung“, d. h. die faktische Übernahme der Regierungs- und Exekutivgewalt in Gaza durch die Hamas in den 2000er Jahren und den Eindruck einer mittelbaren Anerkennung dieser Machtübernahme, der durch die Fortsetzung der über das Kooperations-/Kontaktbüro vermittelten Zusammenarbeit hätte entstehen können, begründet worden sein. Im Widerspruch zu dieser Aussage ist der Kleinen Anfrage, Drucks. 18/270, geführten Anfragenbeantwortung zu entnehmen, dass die „Anmietung und Trägerschaft des „Kooperationsbüro Hessen-Palästina“ in der Zeit von 1996 bis zumindest 2008 erfolgt ist und „die Landesregierung ... auch im Jahr 2009 die Büroinfrastruktur in Gaza aufrecht (zu) erhalten“ beabsichtigte. Weiteren Quellen zufolge seien zudem die durch das Kooperations-/Kontaktbüro vermittelten Leistungen „im darauffolgenden Jahrzehnt“ nach seiner Schließung „vor allem“, also nicht nur im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe fortgesetzt worden.

Vorbemerkung Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Die projektbezogene Zusammenarbeit mit Palästina begann im Jahr 1995, gefolgt von der Eröffnung des Kooperationsbüros Hessen-Palästina in Deir el-Balah, Gaza, am 02.03.1996. Mit dem Kooperationsbüro sollte ein Ansprechpartner und Vermittler mit Kontakten zu palästinensischen Partnern für hessische Unternehmen, Hilfsorganisationen, Vereine, Gemeinden und Kommunen geschaffen werden.

Wie dem einstimmigen Landtagsbeschluss zum dringlichen Entschließungsantrag „betreffend Verständigung und Frieden im Nahen Osten“ (Drucks. 14/1543) und der Landtagsrede des damaligen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Plenarprotokoll 14/31) vom 20.03.1996 zu entnehmen ist, beabsichtigte das Land Hessen den Aufbauprozess in den palästinensischen Gebieten durch wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Die Eröffnung des Kooperationsbüros Hessen-Palästina in Gaza verstetigte diese Politik. Das Büro erhielt die Aufgabe, hessischen Firmen beim Markteintritt Hilfestellung zu leisten und Partner für palästinensische Unternehmen in Deutschland zu finden. Ebenso sollten über das Büro die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landesregierung, der kommunalen Partnerschaften mit palästinensischen Städten und von Nichtregierungsorganisationen in den palästinensischen Gebieten koordiniert

werden. Die Verbesserung von Bildung und Ausbildung junger Menschen in den palästinensischen Gebieten wurde im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit als Schwerpunkt gesetzt. Um den Friedensprozess zu stärken, sollte mit Stipendienprogrammen für palästinensische Studierende und Ausstattungshilfen für Schulen jungen Menschen eine Zukunftsperspektive eröffnet werden.

Im Laufe der Zeit und auch in Abhängigkeit von der politischen Lage vor Ort bekam die Förderung von humanitären und entwicklungsbezogenen Projekten mehr Gewicht. Die letzte Förderung des Kooperationsbüros Hessen-Palästina erfolgte im Jahr 2010.

Die Fragen in der Kleinen Anfrage, Drucks. 20/11692, beziehen sich auf einen Zeitraum von rund 30 Jahren, seit Beginn der Osloer Friedensprozesse im Jahre 1993 bis heute. Angesichts der Schließung des Kooperationsbüros im Jahr 2011 und einer Aktenaufbewahrungsfrist von zehn Jahren gemäß dem Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen (Aktenführungserlass – AfE) vom 14.12.2012 ist eine vollumfängliche Beantwortung der Fragen 1 bis 5 aus Zeit- und Ressourcengründen nicht möglich.

Die Beantwortung der Kleinen Anfrage betreffend hessischer Initiativen in Palästina (Drucks. 18/270) bietet eine Übersicht aller bis zum Jahr 2009 durch die Landesregierung umgesetzten Förderungen in den palästinensischen Gebieten. Diese verdeutlicht, dass die seit dem Jahr 1995 durch das Land Hessen geförderten Projekte entsprechend des Parlamentsbeschlusses vom 20.03.1996 größtenteils im Bereich der Bildungsarbeit und humanitären Hilfe zu verorten waren.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Welche Leistungen im Einzelnen sind in welcher Art und in welchem Umfang, zu welcher jeweiligen Kostenhöhe und durch welche Institutionen und Gebietskörperschaften „aus dem Land Hessen“ im Einzelnen über das eingangs besagte Kooperations-/Kontaktbüro
- bis dato,
 - in der Zeit bis zu seiner vermeintlichen oder tatsächlichen Schließung im Jahr 2001 oder
 - in der Zeit bis zu seiner tatsächlichen Schließung gegenüber bzw. nach Gaza erbracht bzw. vermittelt worden? Bitte die Fragen 1 a) bis 1 c) sowie nach einzelnen Jahren der erfragten Zeiträume gesondert aufschlüsseln)?
- Frage 2. Für welche Zwecke im Einzelnen sind die über das eingangs besagte Kooperations-/Kontaktbüro aus dem Land Hessen gegenüber Gaza vermittelten Leistungen in der Zeit seit der Einrichtung des Kooperations-/Kontaktbüros im Jahr 1996 bis zu seiner angeblichen Schließung im Jahr 2001 erbracht worden? Bitte nach einzelnen Jahren des erfragten Zeitraumes unter Nennung der einzelnen Leistungen und der jeweiligen Zweckbestimmung aufschlüsseln.
- Frage 3. Für welche Zwecke im Einzelnen sind die ursprünglich über das Kooperations-/Kontaktbüro vermittelten und nach der vermeintlichen Schließung des Kooperations-/Kontaktbüros im Jahr 2001 aus dem Land Hessen gegenüber Gaza fortgeführten Leistungen in der Zeit seit der vermeintlichen Schließung des Kooperations-/Kontaktbüros erbracht worden, wenn diese laut Aussage des Wirtschaftsministeriums „vor allem“, also nicht ausschließlich dem Zweck der Kinder- und Jugendhilfe gegolten haben sollen? Bitte nach einzelnen Jahren des erfragten Zeitraumes unter Nennung der einzelnen Leistungen und der jeweiligen Zweckbestimmung aufschlüsseln.

Die Fragen 1, 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor. Auf eine Abfrage zur Auflistung der Leistungen mit jeweilig angefallenen Kosten, Kooperationspartnern und Verwendungszwecken, die seit der Eröffnung des Kooperationsbüros Hessen-Palästina im Jahr 1996 bis zur Schließung im Jahr 2011 über besagtes Kooperationsbüro erbracht oder vermittelt wurden, wurde aufgrund des damit verbundenen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwandes verzichtet.

- Frage 4. Falls Frage 3 zu bejahen ist: Welche Leistungen im Einzelnen sind ohne Vermittlung/Mitwirkung das eingangs besagten Kooperations-/Kontaktbüros bisher in welcher Art und Umfang, zu welcher jeweiligen Kostenhöhe und durch welche Institutionen und Gebietskörperschaften „aus dem Land Hessen“ im Einzelnen seit dem Osloer Friedensprozess gegenüber bzw. nach Gaza erbracht bzw. vermittelt worden? Bitte nach einzelnen Jahren der erfragten Zeiträume gesondert aufschlüsseln.

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor. Auf eine Abfrage zur Auflistung der Leistungen mit jeweilig angefallenen Kosten und Kooperationspartnern, die seit dem Osloer Friedensprozess im Jahr 1993 bis heute ohne Vermittlung und Mitwirkung des Kooperationsbüros Hessen-Palästina erbracht wurden, wurde aufgrund des damit verbundenen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwandes verzichtet.

Frage 5. Sind über das Kooperations-/Kontaktbüro Einreisen in das Land Hessen oder das Bundesgebiet mit anschließenden Asylantragsstellungen für in Gaza ansässige Personen palästinensischer Herkunft vermittelt worden und – falls ja – gegenüber wie vielen Personen palästinensischer Herkunft?

Zu Einreisen in das Land Hessen oder Bundesgebiet von in Gaza ansässigen Personen palästinensischer Herkunft mit anschließender Asylantragsstellung, die über das Kooperationsbüro Hessen-Palästina vermittelt wurden, liegen keine Erkenntnisse vor.

Wiesbaden, 20. Dezember 2023

Tarek Al-Wazir